


AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2017

Nachrichten von COFACE –Families Europe	1
COFACE – Families Europe bezieht Stellung zum Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission	1
COFACE – Families Europe ist Teil des Bündnisses gegen Energiearmut.....	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen.....	2
Europäisches Parlament: Entschließung zu geschlechtsspezifischem Rentengefälle.....	2
Maltesische Ratspräsidentschaft gründet <i>EU-Group of Friends of Children</i>	2
Arbeits- und Sozialministerrat	2
Kommission holt Feedback zu Langzeitarbeitslosigkeit und Verbraucherschutz ein.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Schweiz erweitert Mutterschaftsentschädigung bei Klinikaufenthalt des Kindes.....	2
Auswirkungen des Brexits auf Kinder und Jugendliche.....	3
Tschechien will Sozialabgaben von Eltern senken.....	3
Irland investiert in Kinderbetreuung.....	3
Finnische Familien-, Kinderrechts- und Wohlfahrtsverbände positionieren sich zu Elternauszeiten	3
Weitere Nachrichten	4
Europarat fordert mehr Engagement bei Familienzusammenführung.....	4
Europäisches Netzwerk gegen Armut setzt Fokus auf Soziales im Europäischen Semester.....	4
Eurochild: Europäisches Semester ignoriert Kinderarmut	4
Immer mehr Kinder auf der Flucht – UNICEF formuliert Sechs-Punkte-Plan	4
Europarat prüft Gefährdung von Kindern durch Informations- und Kommunikationstechnologien	5
Europäischer Verbraucherverband BEUC: keine Cartoons auf Kindernahrungsmitteln!	5
Berichte und Studien.....	6
Zentrale Ergebnisse des <i>familiesandsocieties</i> -Forschungsnetzwerks.....	6
Neue Datenbank zu familienpolitischen EU-Regelungen	6
Was bringen die Nachhaltigen Entwicklungsziele für Kinder? – UNICEF-Bericht	6
Studie zum Einfluss von nationalen Gleichstellungsplänen in der EU	6
Bericht über EaSI-geförderte Projekte.....	7
Alternsgerechtes Arbeiten in Europa – Bericht der EU-Agenturen	7
Eurostat-Zahlen zu Familien in der EU.....	7
Eurostat: Monitoring social inclusion in Europe 2017	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten von COFACE – Families Europe

COFACE – Families Europe bezieht Stellung zum Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission

COFACE – Families Europe hat ausführlich zum sogenannten Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission vom 26. April (vgl. EuropaNews [4/2017](#) ) Stellung genommen. Der Querschnittscharakter dieses Gesetzespakets werde ausdrücklich begrüßt, ebenso die darin zum Ausdruck kommende Lebensverlaufsperspektive. COFACE – Families Europe trete seit langem für einen Policy-Ansatz aus Geld, Dienstleistungen und Zeit ein, dem auch das Paket folge. Die Stellungnahme schlüsselt genauer auf, welche Maßnahmen in den drei Feldern gefragt sind, inwiefern das Vereinbarkeitspaket diese aufgreift und welche Defizite verbleiben. COFACE – Families Europe setzt sich dafür ein, dass die Vorlage der Kommission vom Europäischen Parlament sowie vom Rat angenommen wird (erst dann muss es von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden). Dabei sei es wichtig, dass insbesondere die direkt bindenden europäischen Vorgaben durchgesetzt würden, die den Familien verbindliche Rechte einräumten. Wenn das Paket auf nicht-gesetzliche Maßnahmen reduziert würde, werde dessen ehrgeiziger Anspruch verwässert.

Diese Position vertrat COFACE – Families Europe auch bei einer Anhörung im Europaparlament, zu der die Ausschüsse für die Gleichstellung der Geschlechter und für Beschäftigung am 22. Juni unter dem Titel „Verbesserung der Work-Life-Balance für angestellte und private Pflegepersonen“ eingeladen hatten. COFACE – Families Europe nutzte die Gelegenheit, die Perspektive der Familien und ihre Forderungen einzubringen.

Das Vereinbarkeitspaket der EU-Kommission fasst mehrere gesetzliche und nicht-gesetzliche Maßnahmen zusammen, die die europäische Vereinbarkeitspolitik modernisieren, eine bessere Work-Life-Balance für Frauen und Männer mit Betreuungs- oder Pflegeverantwortung ermöglichen sowie eine gleichberechtigtere Teilhabe an beruflichen Auszeiten und flexiblen Arbeitszeitarangements befördern sollen. Das Paket enthält einige neue oder höhere Mindeststandards für Eltern-, Vaterschafts- und Pflegeurlaub. Dazu gehört das neue Recht für Väter, im Zusammenhang mit der Geburt eines Kindes mindestens zehn Arbeitstage Urlaub zu nehmen.

- [Zur Stellungnahme von COFACE – Families Europe](#)  
- [Zum Vereinbarkeitspaket](#)

COFACE – Families Europe ist Teil des Bündnisses gegen Energiearmut

COFACE – Families hat zusammen mit Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Verbänden aus den Bereichen Sozialpolitik und Armutsbekämpfung einen Aufruf zur Bekämpfung von Energiearmut in Europa veröffentlicht. Darin heißt es, etwa 11 Prozent der europäischen Bevölkerung sei von Energiearmut betroffen und somit nicht in der Lage, ihr Haus oder ihre Wohnung zu tragbaren Kosten zu heizen. Das Bündnis fordert deshalb konkrete EU-Rechtsvorschriften, die eine Unterbrechung der Stromversorgung schutzbedürftiger Endkunden verbieten. Darüber hinaus dürften die Preise für Privathaushalte nicht weiter dereguliert werden, stattdessen müssten schutzbedürftige Kunden Zugang zu Sozialtarifen erhalten. Die öffentliche Hand müsse außerdem stärker in Energieeffizienzmaßnahmen investieren, die einkommensschwachen Haushalten zugute kommen und keine zusätzlichen Miet- oder Nebenkosten verursachen.

- [Zum Aufruf](#) 

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Europäisches Parlament: EntschlieÙung zu geschlechtsspezifischem Rentengefälle

Das Europäische Parlament hat am 14. Juni eine EntschlieÙung verabschiedet, die eine EU-Strategie zur Beendigung und Vermeidung des geschlechtsspezifischen Rentengefalles fordert. Dazu bedürfe es eines vielschichtigen Lebensverlaufsansatzes, der das gesamte Arbeitsleben einer Person berücksichtigt und geschlechtsabhängige Benachteiligungen beseitigt. Dazu gehöre es auch, dass die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner Instrumente zur Bewertung von Erwerbstätigkeiten konzipieren, mit denen bestimmt werden kann, was gleichwertige Arbeit bedeutet. Nur so könnten Löhne und in Abhängigkeit davon auch Renten geschlechtergerechter gestaltet werden. Die Abgeordneten fordern darüber hinaus die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, mehr Anreize für Frauen zu schaffen, länger und mit kürzeren Unterbrechungen am Arbeitsmarkt teilzunehmen, um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu fördern.

Maltesische Ratspräsidentschaft gründet *EU-Group of Friends of Children*

Als informelle Plattform für die EU-Mitgliedstaaten, auf der über Kinderschutz und Kinderrechte diskutiert wird, hat die maltesische Ratspräsidentschaft Ende Mai die *EU-Group of Friends of Children* gegründet. In einem flexiblen Dialogformat soll es in Brüssel regelmäßig Veranstaltungen geben, um Informationen auszutauschen und den politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung zu stellen. Beim ersten Treffen war die Situation von minderjährigen Flüchtlingen in der EU Gegenstand der Diskussionen.

Arbeits- und Sozialministerrat

Der EU-Arbeits- und Sozialministerrat tagte am 16. Juni mit einer umfangreichen Tagesordnung, der wenige konkrete Verhandlungsergebnisse gegenüberstanden. Diskutiert wurden unter anderem der Zugang zu steuerfinanzierten Sozialhilfeleistungen für EU-Ausländer, die Frauenquote in Aufsichtsräten und der Entwurf einer horizontalen Antidiskriminierungsrichtlinie. Der Rat beschloss eine Stellungnahme zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und verabschiedete Schlussfolgerungen zu lohnender Arbeit.

Kommission holt Feedback zu Langzeitarbeitslosigkeit und Verbraucherschutz ein

Die EU-Kommission veröffentlicht regelmäßig Fahrpläne und Folgenabschätzungen, zu denen alle EU-Bürger innerhalb von vier Wochen online ihr Feedback abgeben können. Bis Ende Juli ist dies möglich in Bezug auf die Überarbeitung der verschiedenen EU-Richtlinien im Verbraucherrecht und auf einen Vorschlag der Kommission, der sich der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt widmet.

- [Zum Feedbackportal](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz erweitert Mutterschaftsentschädigung bei Klinikaufenthalt des Kindes

Der Schweizer Nationalrat hat entschieden, dass Mütter, deren Kind nach der Geburt mehr als drei Wochen im Krankenhaus bleiben muss, für einen verlängerten Zeitraum Mutterschaftsentschädigung erhalten können. Diese Entgeltersatzleistung wird in der Regel in den ersten 14 Wochen nach der Geburt eines Kindes gezahlt. Bisher konnte der Anspruch nur verschoben, nicht verlängert werden. Dies stellte für die betroffenen

Mütter ein finanzielles Problem dar, da sie aufgrund des Mutterschutzes in den ersten acht Wochen nach der Geburt nicht erwerbstätig sein dürfen, um den Aufschub der Mutterschaftsentschädigung zu kompensieren.

Auswirkungen des Brexits auf Kinder und Jugendliche

Fünf britische Kinderrechtsorganisationen haben einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie sich dafür einsetzen, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen in den Brexit-Verhandlungen nicht aus dem Blickfeld geraten. Sie fordern einen Mechanismus, der es ermöglicht, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen Eingang in den Verhandlungsprozess finden. Es müsste zudem sichergestellt werden, dass der zurzeit geltende Rechtsstandard in Großbritannien durch den EU-Austritt nicht abgesenkt werde. Besondere Aufmerksamkeit müsse der Wahrung des Friedens in Nordirland geschenkt werden. Die unterzeichnenden Organisationen suchen den Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern und kündigen weitere Aktivitäten an.

➤ [Zum Aufruf](#)  

Tschechien will Sozialabgaben von Eltern senken

Die tschechische Regierung hat einen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, nach dem die Sozialversicherungsbeiträge eines Elternteils in Familien mit zwei oder mehr Kindern um mehrere Prozentpunkte gesenkt würden. Dies soll insbesondere große Familien finanziell entlasten. Eine Gegenfinanzierung der Maßnahme soll durch eine Anhebung der Beiträge von kinderlosen Erwerbstätigen um einen Prozentpunkt gewährleistet werden.

Irland investiert in Kinderbetreuung

Das Angebot an und der Zugang zu Kinderbetreuungsmöglichkeiten wird in Irland seit Jahren als defizitär kritisiert. Das *Affordable Childcare Scheme* soll dies ab September 2017 ändern. Dieses System gewährt Familien finanzielle Zuschüsse zur außerhäuslichen Kinderbetreuung, die zum Teil einkommensunabhängig, zum Teil einkommensabhängig sind und soll den bisherigen Fleckenteppich an Unterstützungsleistungen vereinheitlichen sowie den Umfang der Förderung deutlich erweitern. Insgesamt wird die Maßnahme als bedeutsame Investition in die Unterstützung von Familien begriffen. Kritisiert wird jedoch, dass sie einseitig ein Familienmodell fördere, in dem Kinder nicht zuhause betreut werden.

Finnische Familien-, Kinderrechts- und Wohlfahrtsverbände positionieren sich zu Elternauszeiten

Anlässlich eines Expertengesprächs von COFACE – Families Europe Anfang Juni in Helsinki präsentierte der finnische Mitgliedsverband Västöliitto ein Positionspapier, das er gemeinsam mit weiteren NGOs veröffentlicht hat. Darin geht es um die in Finnland geplante Reform der Regelungen, die berufliche Auszeiten für Eltern regeln. Damit ist nicht nur Mutterschafts- und Vaterschaftszeit rund um die Geburt eines Kindes gemeint, sondern auch weitere Zeiten, in den sich Eltern um die Pflege und Erziehung ihrer Kinder kümmern und ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder ruhen lassen. Viele der von der Regierung geplanten Neuerungen werden im Papier begrüßt, da sie die Anspruchszeiten verlängern, eine größere Flexibilität bei der Inanspruchnahme ermöglichen und die Beteiligung von Vätern befördern. Kritisiert wird jedoch unter anderem, dass Ein-Eltern-Familien benachteiligt würden und die Höhe der Leistungen für Geringverdienende und Arbeitslose die EU-Empfehlungen unterschreite.

➤ [Zum Papier](#) 

Weitere Nachrichten

Europarat fordert mehr Engagement bei Familienzusammenführung

Der Europarat hat seine Mitglieder aufgefordert, mehr für die Familienzusammenführung von Geflüchteten zu tun. Ein Themenpapier des Menschenrechtskommissars listet 36 diesbezügliche Empfehlungen auf. Darin wird besonders betont, dass die Zusammenführung von Familien notwendig sei, um die Rechte und das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

- [Zum Themenpapier](#) 

Europäisches Netzwerk gegen Armut setzt Fokus auf Soziales im Europäischen Semester

Unter dem Titel „*More Social Europe in the European Semester*“ hat das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) seine Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht. Die im Mai von der EU-Kommission verabschiedeten Empfehlungen sind Teil des Europäischen Semesters, dem EU-Mechanismus zur wirtschaftspolitischen Koordinierung. Das Papier des EAPN analysiert die zentralen Botschaften der Empfehlungen für die einzelnen Mitgliedstaaten in Hinblick darauf, wie sie die Themen Armut und soziale Ausgrenzung adressieren. Insgesamt sei festzustellen, dass soziale Themen im aktuellen Semester eine größere Bedeutung erhalten haben als in der Vergangenheit. Dennoch mangle es an einem konsistenten und integrierten Ansatz, der auf der Wahrung der sozialen Rechte der EU-Bürger basiere. Zu oft würde Schuldenreduzierung wichtiger eingeschätzt als soziale Investitionen und soziale Sicherung als Kostenfaktor verstanden. Der Indikator Arbeitsmarktbeteiligung sage zudem noch nichts darüber aus, wie inklusiv und gerecht der Arbeitsmarkt gestaltet sei.

- [Zum Positionspapier](#) 

Eurochild: Europäisches Semester ignoriert Kinderarmut

Anlässlich des Internationalen Kindertags am 1. Juni hat die europäische Kinderrechtsorganisation Eurochild kritisiert, dass die Armut von Kindern im Europäischen Semester keine Rolle spiele. Der Verband bezieht sich dabei auf die länderspezifischen Empfehlungen, die die EU-Kommission im Mai vorgelegt hatte. Keine einzige der insgesamt 78 Empfehlungen sei auf die Bekämpfung von Kinderarmut gerichtet. Eurochild begrüßt aber, dass die Belange von Kindern in anderer Hinsicht Berücksichtigung gefunden hätten. Beispielsweise seien Bulgarien, Ungarn, Rumänien und die Slowakei aufgefordert worden, inklusive und hochwertige Bildungsangebote insbesondere für Romakinder bereitzustellen. Österreich und Bulgarien müssten den Bildungszugang für Migranten verbessern. Die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten sei Österreich, Irland, der Slowakei und Spanien auf die to do-Liste gesetzt worden.

- [Zur Stellungnahme](#)  

Immer mehr Kinder auf der Flucht – UNICEF formuliert Sechs-Punkte-Plan

Anlässlich des G7-Gipfels Ende Mai hat UNICEF einen Sechs-Punkte-Plan zum Schutz von geflüchteten Kindern vorgelegt. Dieser umfasst folgende Zielsetzungen:

1. Kinder auf der Flucht müssen vor Ausbeutung und Gewalt geschützt werden.
2. Die Inhaftierung von geflüchteten oder migrierten Kindern muss aufhören.

3. Die Einheit der Familie muss gewahrt bleiben und jedes Kind braucht einen legalen Aufenthaltsstatus.
4. Alle geflüchteten und migrierten Kinder müssen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung haben.
5. Die Ursachen für die Flucht von Kindern und Jugendlichen aus ihrer Heimat müssen bekämpft werden.
6. Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung müssen bekämpft werden.

Die weltweite Zahl von Kindern und Jugendlichen, die allein als Flüchtlinge oder Migranten unterwegs sind, habe sich seit 2010 auf etwa 300.000 vervielfacht. Der UNICEF-Bericht *„A child is a child. Protecting children on the move from violence, abuse and exploitation“* dokumentiert die Motive der Heranwachsenden, sich auf den Weg zu machen sowie die Risiken, denen sie ausgesetzt sind. Da es kaum legale Migrationswege gebe, seien sie auf die Hilfe von Schleusern und Menschenhändlern angewiesen. Der Bericht unterstreicht die dringende Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen und Maßnahmen, um diese Kinder und Jugendlichen vor Ausbeutung, Missbrauch und dem Tod zu bewahren.

- [Zum Bericht](#)  
- [Zusammenfassung auf deutsch](#) 

Europarat prüft Gefährdung von Kindern durch Informations- und Kommunikationstechnologien

Im Zusammenhang mit der Lanzarote-Konvention des Europarats, die sich für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch einsetzt, hat der Europarat ein sogenanntes Monitoring gestartet. Der Fokus bei dieser Umfrage wird auf der Gefährdung von Kindern durch Informations- und Kommunikationstechnologien (ICTs) liegen. Social Media und mobile Nachrichtendienste seien nur zwei Bereiche, die Täter sich zunutze machen könnten. Kinder nutzten diese Angebote im steigenden Maße und seien sich häufig der Risiken nicht bewusst. Der Fragebogen des Europarats legt den Schwerpunkt auf die Frage, wie Kinder und Jugendliche davor geschützt werden können, dass selbst produziertes freizügiges Bild- und Videomaterial von Dritten missbraucht wird. Er richtet sich in erster Linie an staatliche Stellen, aber auch zivilgesellschaftliche Akteure können ihn bis Ende des Jahres beantworten.

- [Zum Fragebogen](#)  

Europäischer Verbraucherverband BEUC: keine Cartoons auf Kindernahrungsmitteln!

Der europäische Verbraucherverband BEUC ruft Nahrungsmittelkonzerne und -händler dazu auf, bei der Vermarktung von Lebensmitteln keine Cartooncharaktere mehr zu verwenden. Studien belegten, dass Werbung, die auf entsprechende Maskottchen setzt, das Ernährungsverhalten von Kindern beeinflusse. Da diese insbesondere bei ungesunden Lebensmitteln zum Einsatz käme, gebe es einen starken Zusammenhang mit Adipositas bei Kindern. Bei einer Erhebung der BEUC-Mitgliedsorganisationen konnte unter 100 Werbebeispielen, nur eines identifizieren, bei dem ein Cartooncharakter dafür eingesetzt wurde, um für ein Produkt aus dem Bereich Obst und Gemüse zu werben.

- [BEUC Positionspapier „Cartoon characters and food: just for fun?“](#)  

Berichte und Studien

Zentrale Ergebnisse des *familiesandsocieties*-Forschungsnetzwerks

Nachdem in den letzten Monaten die Abschlussberichte der einzelnen Arbeitsfelder des Forschungsprojektes *familiesandsocieties.eu* veröffentlicht wurden, fassen nun zwei Arbeitspapiere die übergreifenden zentralen Ergebnisse des gesamten Forschungszusammenhangs zusammen und leiten politische Forderungen aus ihnen ab. Zudem wurden wieder mehrere Artikel zu Familienformen, Geburtenverhalten sowie zur sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe von Familien in Europa auf der Internetpräsenz des Verbundes eingestellt.

- [Zu den Veröffentlichungen auf *familiesandsocieties.eu*](#) 

Neue Datenbank zu familienpolitischen EU-Regelungen

Das am *familiesandsocieties.eu* beteiligte Soziologieinstitut der Universität Stockholm hat eine neue Datenbank veröffentlicht, in der sich alle familienpolitischen Rechtsakte finden, die auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften zwischen 1974 und 2015 verabschiedet wurden. Der Datensatz umfasst rechtlich bindende Regelungen (Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse) und Vorbereitungsakte (COM) der Europäischen Kommission, die für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union relevant sind.

- [Zum *European Union Family Policy Dataset*](#) 

Was bringen die Nachhaltigen Entwicklungsziele für Kinder? – UNICEF-Bericht

Die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) gelten gleichermaßen für arme und reiche Staaten. Im Bericht „*Building the Future. Children and the Sustainable Development Goals in Rich Countries*“ hat das UNICEF-Forschungsinstitut Innocenti untersucht, inwiefern die SDGs in 41 wohlhabenden Staaten (darunter alle EU-Mitglieder) zur Verbesserung der Situation von Kindern beitragen. Der Bericht zeigt positive Entwicklungen in vielen Bereichen, beispielsweise sinkende Säuglingssterblichkeit, weniger Teenager-Selbstmorde sowie geringerer Drogenmissbrauch unter Jugendlichen. Dennoch seien die untersuchten Staaten weit von der Vision der SDGs entfernt. Kein einziges Land sei bei allen im Bericht verwendeten Indikatoren erfolgreich. Zentrale Herausforderungen bestünden insbesondere in Hinblick auf wachsende Einkommensungleichheiten, die psychische Gesundheit von Heranwachsenden und Adipositas bei Kindern.

- [Zum Bericht](#) 

Studie zum Einfluss von nationalen Gleichstellungsplänen in der EU

Im Zusammenhang mit einem Bericht über die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Frauen im privaten und öffentlichen Sektor hat der FEMM-Ausschuss des Europaparlaments eine Studie veröffentlicht, die sich mit den Gleichstellungsplänen der EU-Mitgliedstaaten befasst. Sie zeichnet nach, ob und in welcher Form solche Pläne vorhanden sind, welchen Zielsetzungen sie folgen und welche Auswirkungen mit ihnen in Verbindung zu bringen sind.

- [Zur Studie](#)  

Bericht über EaSI-geförderte Projekte

Die EU-Kommission hat den sechsten Bericht über erfolgreiche und inspirierende Projekte veröffentlicht, die durch das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und seine Vorgänger (PROGRESS und EURES) gefördert wurden. Die 18 vorgestellten Projekte stammen aus den Feldern soziale Sicherung und Inklusion, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und berufliche Mobilität. Der Bericht kann zukünftigen Antragstellern als Richtschnur dienen und politischen Entscheidungsträgern mit innovativen Ideen vertraut machen, sozialpolitische Maßnahmen zu gestalten.

- [Zum Bericht](#) 

Altersgerechtes Arbeiten in Europa – Bericht der EU-Agenturen

Mit einer Lebensverlaufsperspektive blickt ein neuer Bericht von vier EU-Agenturen auf das Thema Alter und Arbeit. Sie stellen damit ihre Erkenntnisse zur Verfügung, um Maßnahmen zu entwickeln, die auf die Alterung der Gesellschaften und damit auch der Erwerbstätigen reagieren. Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) präsentiert Beispiele, die die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz für ältere Erwerbstätige verbessern. Eurofound, die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, stellt Forschungsergebnisse vor, die sich insbesondere auf die Frage beziehen, wie nachhaltige Arbeitsbedingungen geschaffen werden können, die dazu beitragen, dass Männer und Frauen möglichst lange am Erwerbsleben teilhaben können. Welche Bedeutung Aus- und Weiterbildung in dieser Frage haben beleuchtet der Beitrag des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop). Das Europäische Institut für die Gleichstellung der Geschlechter (EIGE) diskutiert schließlich, inwiefern Männer und Frauen beim Thema Altern und Erwerbstätigkeit mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert sind.

- [Zum Bericht](#) 

Eurostat-Zahlen zu Familien in der EU

Anlässlich des 2012 von der UN zum Welttag der Eltern erklärten 1. Juni hat Eurostat neue Zahlen über Familien mit Kindern in der EU veröffentlicht. In der EU lebten 2016 in einem Drittel der 220 Millionen Haushalte unterhaltsberechtigter Kinder. Der höchste Anteil an Haushalten mit Kindern wurde in Irland (41 Prozent) erhoben, das vor Zypern und Polen (jeweils 38 Prozent), Malta, Portugal und der Slowakei (alle 36 Prozent) liegt. Im Gegensatz dazu verzeichneten nur etwa ein Fünftel der Haushalte in Deutschland und Finnland (22 Prozent) Kinder, gefolgt von Schweden (25 Prozent), Österreich (26 Prozent) und Griechenland (27 Prozent).

- [Zu weiteren Familiendaten bei Eurostat](#) 

Eurostat: Monitoring social inclusion in Europe 2017

Eine neue Eurostat-Veröffentlichung soll zum besseren Verständnis ausgewählter Herausforderungen des „Sozialen Europas“ beitragen, sowie zur Entwicklung von Methoden, die zu neuen Erkenntnissen über Probleme im Zusammenhang mit Einkommen, Armut und Arbeit führen können. Die in der „EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen“ (EU-SILC) enthaltenen Daten zu Einzelpersonen und ihren Haushalten werden herangezogen, um die Situation in den europäischen Ländern zu vergleichen und mögliche Lehren daraus für alle Länder zu ziehen. Darüber hinaus werden Vor- und Nachteile der Quer- und Längsschnittdaten der EU-SILC untersucht und Empfehlungen für deren weitere Verwendung ausgesprochen. Der Band richtet

sich daher nicht nur an politische Entscheidungsträger und Statistiker, sondern an alle, die sich mit den Auswirkungen von Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf das Leben der Menschen und mit den Möglichkeiten befassen, wie Europas soziale Dimension gestärkt werden kann.

➤ [Zum Buch](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
20. Juli 2017 Brüssel, Belgien	European Pillar of Social Rights – Public Hearing	EWSA
24.-26. Juli 2017 Danzig, Polen	European Youth Conference	Heinrich Böll Stiftung
25.-29. Juli 2017 Amsterdam, Niederlande	Family Law and Family Realities – ISFL World Conference	International Society for Family Law (ISFL)
29. Juli - 4. Aug. 2017 Caux, Schweiz	CATS (Children as actors for transforming society) Forum 2017	CATS Europe
1.-4. Okt. 2017 Den Haag, Niederlande	15th International Society for the Prevention of Child Abuse and Neglect (ISPCAN) European Regional Conference	ISPCAN Europe
5.-7. Okt. 2017 Antwerpen, Belgien	15th Meeting of the European Network for the Sociological and Demographic Study of Divorce	Research Centre for Longitudinal and Life Course Studies
10. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Conference: Together for an Equal Europe – Celebrating Equinet's 10th Anniversary	Equinet
12. Okt. 2017 Brüssel, Belgien	Tackling Childhood Obesity in Europe through Awareness and Prevention	Public Policy Exchange
13. Okt. 2017 Riga, Lettland	Coordination of family benefits, unemployment benefits and the application of coordination rules in case of posted workers	FreSsco Network
20.-21. Okt. 2017 Lodz, Polen	Social Innovations For Children And Youth: Research And Practice	Universität Lodz
27. Okt. 2017 Zagreb, Kroatien	Recent developments and proposed changes in the area of posting and family benefits' coordination	FreSsco Network
1.-4. Nov. 2017 Valetta, Malta	International Foster Care Organisation (IFCO) World Conference	IFCO
4. Nov. 2017 Luxemburg, Luxemburg	Common social values and principles & social governance	EWSA
23.-24. Nov. 2017 Pamplona, Spanien	Towards an effective implementation of community based services in child care	FICE Spain

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend